

schen Dorfgemeinschaften durch einen gewissen „Wohlstand“ unterscheiden. Sie verfügen über Schulen, feste Häuser, die Christen sind durchweg gut gekleidet. Was ihnen fehlt, ist das Bewußtsein, daß sie ihren „Reichtum“ mit den Ärmsten und seien diese Moslems oder Hindus teilen müßten. Doch Teilen, über konfessionelle Grenzen hinweg, scheint auch in Bangladesh besonders schwierig zu sein. So erbrachte die überregionale Caritas-Sammlung 1982 in den bengalischen Gemeinden nicht mehr als 4000 DM, während Millionen Dollars jährlich aus dem Ausland in die bengalische Caritas gepumpt werden. Unter den Christen in Bangladesh entwickelt sich mittlerweile eine gewisse Empfängermentalität. Die Hilfe aus dem Westen ist offenbar bereits weitgehend fest mit eingeplant. Man vertraut darauf, daß dieser Strom auch in Zukunft weiterfließt. Das Bestreben, vom Westen in jeglicher Hinsicht unabhängig zu werden, ist unterentwickelt. An den schwierigsten sozialen Brennpunkten findet man überraschenderweise nicht einheimische Priester und Ordensleute, sondern *ausländische Missionare*. Sie bilden Speerspitzen, sie versuchen aus dem selbstgesteckten Ghetto der katholischen Kirche auszubrechen. Unter ausländischen Missionaren wächst die Kritik an der einheimischen Kirche, da sie zu wenig bestrebt sei, ihre bengalische Identität zu finden.

Auch unter *ausländischen Entwicklungshelfern*, die seit mehreren Jahren in Bangladesh leben, spürt man eine wachsende Resignation. Während der Staat mehr als 20 Prozent seiner Haushaltsmittel für militärische Zwecke ausgibt, verstärkt der Westen seine Hilfsprogramme für Bangladesh in beachtlichem Umfange. Der internationale Währungsfonds investiert derzeit pro Jahr etwa 400 Mil-

lionen US-Dollars. Die Bundesrepublik Deutschland half bisher mit 2,1 Milliarden Mark. Die Schwerpunkte liegen in der technischen Zusammenarbeit, in Nahrungsmittellieferungen, in Aus- und Fortbildungsmaßnahmen. Man versucht, beim Ausbau der Infrastruktur zu helfen, im Eisenbahn- und Fernmeldewesen. Man fördert Brunnenbauprogramme, baut Düngemittelfabriken und regte die Herstellung von Pumpenmotoren an. Die Zusagen für Maßnahmen der technischen Zusammenarbeit lagen 1982 bei 45 Millionen DM, 1980 waren es 31,5 Millionen DM.

### Islamische Rückendeckung

Das politische Schicksal Bangladeshs hängt von seinem Verhältnis zum großen Nachbarn Indien ab, der es geographisch fast völlig umschließt und den Oberlauf aller seiner wichtigen Flüsse beherrscht. Indien, das Bangladesh im Jahre 1971 entscheidende Geburtshilfe im Kampf um die Unabhängigkeit leistete, sah sich bisher in seinen Erwartungen enttäuscht, Bangladesh auf Dauer in einer Art Satelliten-Verhältnis an sich binden zu können. Indien versucht daher immer wieder, Bangladesh seine Abhängigkeit vor Augen zu führen. Mit dem Besuch von General Ershad am 6. Oktober 1982 in Indien scheint kein grundlegendes Vertrauensverhältnis geschaffen worden zu sein. Indien beabsichtigt derzeit sogar seine Grenze besser zu sichern, um Flüchtlingsbewegungen besser in den Griff zu bekommen. Bangladesh seinerseits versucht, sich durch eine starke Einbindung in die Solidarität mit den islamischen Staaten die notwendige Rückendeckung zu schaffen, um indischen Pressionen besser entgegenzutreten zu können.

Jürgen Hoeren

## Kurzinformationen

Bei seinem Neujahrsempfang nahm Kardinal Joseph Höffner zur Diskussion über eine neue Gemeinsame Synode der bundesdeutschen Bistümer Stellung. Das Projekt bedürfe „reiflicher Überlegung“. Höffner wies darauf hin, daß dabei die Bestimmungen des neuen kirchlichen Gesetzbuches zu beachten seien, das keine gemeinsame Synode der Bistümer eines Landes kenne, sondern das *Provinzialkonzil* für den Bereich einer Kirchenprovinz (Can. 440) und das *Plenarkonzil* für den Bereich einer Bischofskonferenz (Can. 439). Der Kardinal machte darauf aufmerksam, daß sich *Struktur* und *Zuständigkeit* eines solchen Plenarkonzils nicht unwesentlich von der Würzburger Synode unterscheiden. Nach Can. 443 des CIC haben auf dem Plenarkonzil nur die Bischöfe entscheidendes Stimmrecht. Mit beratendem Stimmrecht gehören ihm die Generalvikare, Bischofsvikare, höhere Ordensobere, die Rektoren bzw. Dekane katholischer Universitäten bzw. Theologischer Fakultäten und Regenten von Priesterseminaren an. Außerdem können weitere Priester „und andere Christgläubige“ mit beratendem Stimmrecht hinzuberufen werden, die aber nicht mehr als ein Drittel der Gesamtteilnehmerzahl des Plenarkonzils stellen dürfen. Zur Frage von Diözesansynoden meinte Höffner, schon seit längerer Zeit hätten manche darauf hingewiesen, daß in den meisten deutschen Bistümern seit den 50er

Jahren keine Diözesansynoden mehr gehalten worden seien. Es lege sich die Frage nahe, ob die Zeit gekommen sei, auf Diözesansynoden das Bistumsrecht den vom Zweiten Vatikanum und der nachkonziliaren Gesetzgebung geschaffenen Ordnungen anzupassen. Die Hinweise Kardinal Höffners auf die Bestimmungen des neuen CIC zum ortskirchlichen Synodalwesen lassen erkennen, daß der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz an eine Gemeinsame Synode nach dem Modell Würzburg nicht denkt.

**Die Vereinigten Staaten und der Vatikan haben diplomatische Beziehungen aufgenommen.** Die entsprechende Vereinbarung wurde am 10. Januar in Washington und Rom bekanntgegeben. Der Schritt war absehbar, seitdem Ende November 1983 der amerikanische Kongreß ein Gesetz aufgehoben hatte, das der Administration verbot, finanzielle Mittel für eine Vertretung beim Vatikan auszugeben. Dennoch kam die Entscheidung schneller als erwartet. Denn nach wie vor gab es Vorbehalte vor allem bei protestantischen Denominationen gegenüber einem solchen Schritt, und noch im Dezember gab es teilweise heftige Proteste zum Beispiel seitens der Adventisten. Der Vorsitzende

des amerikanischen Kirchenrats, dem 31 verschiedene protestantische und orthodoxe kirchliche Gemeinschaften angehören, der methodistische Bischof *Philip Cousin*, sprach sich vor Weihnachten zwar nicht grundsätzlich gegen einen solchen Schritt des Präsidenten aus, forderte aber vor einer endgültigen Entscheidung noch weitere Diskussionen. Und selbst im katholischen Bereich hielt sich die Begeisterung darüber in Grenzen. Das zeigte nicht nur ein Editorial des von Jesuiten herausgegebenen Magazins „America“, in dessen Weihnachtsausgabe es hieß, die Bischöfe seien mit dem bisherigen Zustand durchaus zufrieden und würden in gesellschaftlich-politischen Fragen vermutlich lieber direkt und „ohne die Komplizierung durch einen vatikanischen Botschafter“ sprechen. Auch die eher lauen ersten Reaktionen auf die Bekanntgabe des Beschlusses durch amerikanische Bischöfe einschließlich des Vorsitzenden der Konferenz, *James Malone* (Youngstown), machten deutlich, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mehr im Interesse des Vatikans und vor allem der Regierung der Vereinigten Staaten als der in ihrem Selbstbewußtsein gestärkten, aber von Rom her wieder stärker unter Kuratel genommenen amerikanischen Kirche liegt. Daß seitens der Administration Reagan damit auch Hoffnungen verbunden sind, den amerikanischen Episkopat mit Hilfe Roms etwas vorsichtiger zu stimmen, zum Beispiel wenn in den nächsten Jahren das jetzt in Vorbereitung befindliche Hirtenwort zum amerikanischen Wirtschaftsleben veröffentlicht wird, kann vermutet werden.

Um die Situation und Mitarbeit von Frauen in der Kirche ging es auf einer Frauentagung zwischen Neujahr und Dreikönig in Fürstenried bei München. Die dort zusammengekommene Gruppe, überwiegend Vertreterinnen von Frauenverbänden, Mitwirkende in Basisgemeinden oder im kirchlichen Dienst Tätige aus der Bundesrepublik, der Schweiz, Österreich und aus Holland, geht auf die Konferenz deutschsprachiger Pastoraltheologen vor zwei Jahren in Wien zurück, die sich das Thema „Selbstverständnis von Frauen heute: Anfragen an Kirche und Pastoraltheologie“ gewählt hatte und dazu eine größere Zahl im kirchlich-seelsorglichen Bereich engagierter Frauen eingeladen hat. Die Mitwirkenden an jener Konferenz beschlossen damals, künftig eigene Treffen zur Situation der Frau in der Kirche durchzuführen und dabei Themen aufzugreifen, die in einer spezifischen Weise mit dem Verhältnis Frau-Kirche zusammenhängen. Kernpunkt der Fürstenrieder Tagung war das *Autoritätsproblem*. Ziemlich übereinstimmend kristallisierte sich im Erfahrungsaustausch über den jeweils eigenen Lebens- und Tätigkeitsbereich die Überzeugung heraus, daß kirchliche Amtsträger auf allen Ebenen dazu neigen, „göttliche“ Autorität für ihre Entscheidungsfindung in Anspruch zu nehmen, wo solche keineswegs erfordert ist und durch sie Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft persönlicher Autorität ersetzen. Bei aller Kritik war aber der Blick auf *Zukunftsperspektiven* gerichtet: Laien, Frauen und Männer, sollten von unten her auf Veränderung kirchlicher Autoritätsausübung drängen. Frauen sollten bewußt alle ihnen jetzt schon *zugänglichen Ämter* übernehmen und so bewußtseinsändernd auf Amtsträger und Gemeinden wirken. Es gelte aber auch, den künftigen Zugang von Frauen zu einem gemeindenahen *Priestertum* im Auge zu behalten und als Weg dahin das Selbstbewußtsein von Frauen für ihre Amtsfähigkeit (auch in den Vorstufen) zu stärken.

Der Deutsche Caritasverband hat eine Orientierungshilfe zum Verhältnis von Selbsthilfebewegung und Caritas vorgelegt. Darin wird festgestellt, die Selbsthilfebewegung sei, von Ausnahmen

abgesehen, keine radikale und grundsätzliche Infragestellung bisheriger sozialer Dienstleistungssysteme; sie trete dort in Erscheinung, wo die formellen Systeme bürokratisch, anonym und zentralistisch würden, vor allem im Blick auf die psycho-sozialen Bedürfnisse der Betroffenen (vgl. HK, März 1983, 118 f.). Der Caritasverband weist darauf hin, daß sowohl Selbsthilfe wie institutionalisierte Hilfe in der sozialen Arbeit sinnvoll und unverzichtbar seien. Aus den unterschiedlichen Bedingungen und Aufgaben der beiden Hilfsmöglichkeiten ergebe sich ein *natürliches Spannungsverhältnis*, das weder durch Abwehr noch durch Einverleibung eines Hilfsansatzes gelöst werden könne. Selbsthilfe und Selbsthilfegruppen seien ein Indikator für *Mängel in der Arbeit der Caritas*: Genannt werden zentralistische Tendenzen, Mißtrauen gegenüber Selbsthilfe, Tendenzen zu einseitiger Problemausrichtung und Spezialisierung und Individualisierung der Hilfe. Die Entwicklung von Selbsthilfegruppen zeige aber auch *Grenzen institutionalisierter Hilfe* auf. Es sei weder möglich noch erstrebenswert, durch institutionalisierte Hilfen alle Aspekte menschlicher und psychosozialer Defizite abzudecken. Hier sei Selbsthilfe viel wirkungsvoller und sinnvoller. Als *Konsequenzen* für die Arbeit der Caritas nennt die Arbeitshilfe: Animation habe Vorrang vor dem Selbvertun; Flexibilität müsse Vorrang haben vor Sicherheit und Ordnung. Auch für Selbsthilfegruppen gelte wie für alle anderen Hilfesuchenden das Angebot der Caritas; sie sollten von ihr beachtet und im Sinn der Hilfe zur Selbsthilfe gefördert werden. Diese Förderung solle sich nicht nur auf den organisatorischen Bereich beschränken, sondern auch Unterstützung durch fachliche Beratung und Hilfe umfassen. Im Verhältnis von organisierter Caritas und Selbsthilfebewegung bleiben der Orientierungshilfe zufolge aber noch viele *offene Fragen*, etwa nach den Rechtsformen der Zusammenarbeit oder nach der Beteiligung von Selbsthilfegruppen an der Willensbildung der Caritas.

In einem Hirtenbrief zum Weltfriedenstag am 1. Januar haben sich die katholischen Bischöfe von Simbabwe, dem früheren Rhodesien, kritisch gegenüber ideologisch-politischen Entwicklungen in ihrem Land geäußert. In dem Schreiben mit dem Titel „Sozialismus und Evangelium Jesu Christi“ räumen die Bischöfe ein, daß der Sozialismus Elemente des christlichen Erbes in sich aufgenommen habe, weisen aber darauf hin, daß bestimmte Formen des Sozialismus mit dem Christentum unvereinbar seien. Es sei Aufgabe derer, die an Christus glauben, den sich in Simbabwe entwickelnden Sozialismus mit christlichem Geist zu durchdringen. Die Kirche sei keiner politischen Partei verpflichtet, arbeite aber mit jeder Partei und mit jeder gesellschaftlichen Bewegung zusammen, der es um wirkliche Gerechtigkeit zu tun sei. Die Bischöfe beklagen das „asoziale Verhalten vieler Persönlichkeiten in einflußreichen Stellungen, das der sozialen Gerechtigkeit, zu der sie Lippenbekenntnisse ablegen, ganz und gar widerspricht.“ Der Staat könne äußere Veränderungen der Gesellschaftsstruktur herbeiführen, die erhoffte grundlegende Veränderung könne aber nur aus der Bekehrung der Herzen kommen. „Wir können nicht die Auffassung gutheißen, Streit und Konflikt seien als solche positive Mittel zur Veränderung.“ Sozialismus in Simbabwe bedeute Gleichheit ohne Rücksicht auf Rasse, Hautfarbe oder Glaubensbekenntnis, gleiche Verteilung von Land, Gesundheitsfürsorge und Erziehung für alle, ungeachtet ihres Einkommens, gleiche Löhne und die Förderung kooperativer Produktionsformen sowie eine Politik der nationalen Versöhnung. In dem Maß, in dem die Regierung eine solche Politik durchführe, werde sie von der Kirche unterstützt. Der Hirtenbrief schließt mit dem Aufruf an das Volk von Simbabwe, die Gesellschaft in eine „neue

Schöpfung“ umzuwandeln, die „Gottes Werk durch menschliche Anstrengung“ sei. Demgegenüber versuche der atheistische Marxismus zu beweisen, daß der Mensch aus eigener Kraft Gottes Auftrag auf Erden erfüllen könne.

**Gegen die Unterstellung, es gäbe in der Tschechoslowakei eine Untergrundkirche** wandte sich der in Preßburg als Hilfsarbeiter lebende, 1981 ohne Zustimmung der staatlichen Behörden zum Bischof geweihte slowakische Jesuit Jan Corec. In einem Artikel der kommunistischen Jugendzeitschrift „Smena“ waren Katholiken, die nach staatlicher Auffassung eine „geheime Kirche“ bilden, als Anarchisten und Verräter bezeichnet worden, die durch schmutzige Intrigen Gläubige zu antisozialistischen Zwecken mißbrauchen würden. In einem im Westen bekanntgewordenen

Brief an den Autor des Artikels nannte Korec die Unterstellung, es gäbe so etwas wie eine geheime Kirche, ein „schlechtes Hirngespinnst“ und erläuterte die tatsächlichen Zustände: Wenn ein Priester seit dreißig Jahren die Messe öffentlich nicht zelebrieren könne, dann feiere er sie eben privat in seiner Wohnung oder in einer Berghütte, und wenn Gläubige außerhalb der Kirche zusammen beten oder die Schrift lesen, so seien sie keineswegs eine geheime Kirche „sondern tun das als Glieder der einen, heiligen, katholischen und apostolischen Kirche im Geiste verbunden mit Priestern, Bischöfen und dem Nachfolger Petri“. Nicht ohne Ironie fügte Korec hinzu, im übrigen Europa oder in Afrika und Asien nehme von so etwas niemand Notiz, weil es selbstverständlich sei. Den Gläubigen deswegen bestimmte politische Zwecke zuzuschreiben, bedeute, ihnen zu unterstellen, was sie nie im Sinn hatten, um sie einzuschüchtern.

## Bücher

EDMUND SCHLINK. **Ökumenische Dogmatik.** Grundzüge. Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1983. 828 S. 98.– DM.

Als erstes Merkmal der erstrebten kirchlichen Einheit nennt der von der ÖRK-Vollversammlung in Vancouver verabschiedete Bericht „Schritte auf dem Weg zur Einheit“ das gemeinsame Verständnis des apostolischen Glaubens. Genau um dieses gemeinsame Verständnis geht es in der Ökumenischen Dogmatik, die Edmund Schlink, einer der großen alten Männer des ökumenischen Gesprächs, jetzt vorgelegt hat. Das voluminöse Werk handelt zunächst vom Evangelium als Voraussetzung kirchlicher Lehre und entfaltet dann die dogmatischen Lehrstücke im Dreischritt von Schöpfung, Erlösung und Neuschöpfung. Erst als vierter Teil kommt die Gotteslehre, gefolgt von einem abschließenden Kapitel zur Prädestinationslehre.

Ihr ökumenisches Profil erhält diese Darstellung der christlichen Glaubenswahrheiten vor allem durch zwei Charakteristika: Schlink möchte dem ersten Gespräch zwischen den verschiedenen Traditionen und Konfessionen dadurch dienen, daß er hinter die jeweiligen Lehrbildungen auf das ihnen vorausliegende Fundament zurückgeht. Seine Dogmatik ist dementsprechend stark biblisch orientiert; Schlink hebt immer wieder auf den Reichtum der neutestamentlichen Botschaft ab, den keine der konfessionell-geschichtlichen Akzentsetzungen ganz ausschöpfen könne. Die Konzentration auf den Kern des christlichen Glaubens, bei dessen Auslegung Schlinks Verwurzelung in der lutherischen Tradition deutlich hervortritt, bringt mit sich, daß der Vermittlung des Glaubens mit dem Gegenwartsbewußtsein nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. Die Sprache des Werks nähert sich, wie Schlink im Vorwort feststellt, manchmal der Struktur von Verkündigung, Gebet und Bekenntnis.

Damit ist schon die zweite, ökumenisch ebenso bedeutsame Eigenart des Werks angesprochen. Schlink versucht durchgehend, die dogmatischen Aussagen an den Glaubensvollzug zurückzubinden, um dadurch Brücken zwischen den konfessionellen Traditionen zu schlagen. Das gilt für die Abendmahlslehre ebenso wie für die Lehre von Gnade und Rechtfertigung.

Schlinks Ökumenische Dogmatik ist kein Rezeptbuch für den weiteren Weg der Ökumene und will auch gar kein solches sein. Die Bedeutung seines großen Alterswerks dürfte vor allem darin liegen, daß es den Blick für die unterschiedliche Struktur und Wertigkeit theologischer Aussagen schärft und dadurch auf die

Grenzen kirchlicher Lehre überhaupt wie konfessioneller Sonder- und Unterscheidungslehren hinweist. Nicht zuletzt ist die Ökumenische Dogmatik in ihrer unverwechselbaren gedanklichen und sprachlichen Eigenart ein gewichtiger Beleg dafür, daß Dogmatik heute und in Zukunft nur noch in einer beträchtlichen Bandbreite von methodischen Schwerpunktsetzungen betrieben werden kann, die nur zum Teil mit dem jeweiligen konfessionellen Erbe zusammenhängen.

U. R.

OTTO F. WALTER / SILJA WALTER, **Eine Insel finden.** Gespräch. Moderiert von Philippe Dätwyler. Arche Verlag (Neue Arche-Bücherei 4), Zürich 1983. 82 S.

*Er*: Schriftsteller und Sozialist; *sie*: Schriftstellerin und Benediktinerin; beide: Geschwister, einer schweizerischen katholischen Verlegerfamilie entstammend. Miteinander ins Gespräch brachte sie das deutschschweizer Radio DRS. Jahrelang hatten sie sich nicht gesehen, lebten in voneinander völlig verschiedenen Welten. Vor dem Mikrofon sprachen sie miteinander, übereinander, über die Familie, vor allem aber über das, was sie schriftstellerisch wollen und tun. Ergänzt durch zwei Briefe, die sie nach der Hörfunkaufnahme einander schrieben, sowie eine Einführung des Moderators liegt das Gespräch in Buchform vor. Es ist kein gewichtiges Buch. Aber interessant ist es, weil es die tastenden Gesprächsversuche von Menschen zeigt, die kaum miteinander sprechen würden, wären sie nicht Geschwister: *Er* ist politisch ausgerichtet, lebt aus der Erfahrung einer zutiefst unheilen Welt. *Sie* spricht die Sprache der Mystik und erfährt sich und die Welt getragen von einer Heilsgeschichte. Im stellenweise sehr persönlichen Dialog der beiden verdichtet sich exemplarisch das schwierige Gespräch zwischen Religion und Politik.

Ein solcher Dialog kann nicht glatt aufgehen, bleibt bruchstückhaft. Aber darin liegt gerade auch sein Reiz. Mal stimmt man *ihm* zu, wenn ihm die heilsgeschichtliche Gelassenheit im Glauben seiner Schwester zu schnell kommt; dann wieder stimmt man *ibr* zu, wenn sie seine etwas pauschale Christentumsschelte mit Hinweisen auf den neuen konziliaren Geist zurechtrückt. Mal fühlt man sich mit *ihm* von ihr allzusehr vereinnahmt („dein ganzes Engagement für den Menschen und die Welt ist zuletzt und zuerst eine tief religiöse Berufung“), mal stimmt man *ibr* zu, wenn sie den Graben zu überwinden sucht, den er zwischen dem Säkular-politischen und dem Theologischen ziehen will. Gespräche wie diese wären viele nötig.

K. N.